



Mag. Christian Neuwirth
Sprecher des Rechnungshofes
1030 Wien, Dampfschiffstraße 2
Tel.: +43 (1) 711 71 – 8435

Bluesky: @rhsprecher.bsky.social
Facebook/RechnungshofAT
neuwirth@rechnungshof.gv.at

Schulzentrum Lienz-Nord: Sanierung und Neustrukturierung grundsätzlich wie geplant abgewickelt

Das Schulzentrum Lienz-Nord in Osttirol entsprach nicht mehr den Anforderungen eines modernen Schulgebäudes. Darin untergebracht waren eine Volksschule (seit 1968), eine Mittelschule (seit 1969) und eine Polytechnische Schule (seit 1985). Mit dem Projekt Schulzentrum Lienz-Nord wollte die Stadtgemeinde diese drei Schulformen in ein gemeinsam genutztes Schulzentrum baulich zusammenführen. Dabei sollte auch das Raumprogramm neu organisiert werden und schulübergreifende Gemeinschaftsbereiche geschaffen werden. Des Weiteren sollte im Rahmen des Projekts auch die Haustechnik erneuert sowie eine thermische Sanierung vorgenommen werden. Die geplanten und vom Gemeinderat 2021 genehmigten Gesamtkosten von maximal 23,26 Millionen Euro konnte die Stadtgemeinde – insbesondere aufgrund der Auswirkungen der globalen Krisen der letzten Jahre – nicht einhalten. Die 2022 genehmigten erhöhten Gesamtkosten von 26,85 Millionen Euro wird die Stadtgemeinde voraussichtlich unterschreiten, wie der Rechnungshof in seinem heute veröffentlichten Bericht „Projekt Schulzentrum Lienz-Nord; Sanierung und Neustrukturierung“ festhält. Die von der Stadtgemeinde eingerichtete Projektorganisation war grundsätzlich dazu geeignet, ein Bauprojekt in dieser Größenordnung innerhalb der geplanten Kosten abzuwickeln. Mängel stellt er jedoch beim Umgang mit Schadstoffen fest. Positiv ist: Bis zu 70 Prozent an Energie konnten gespart werden, unter anderem wegen der besseren Dämmung. Überprüfter Zeitraum war 2019 bis 2024.

Projekt Schulzentrum Lienz-Nord

Die Stadtgemeinde Lienz ist Eigentümer und Schulerhalter des Schulzentrums Lienz-Nord. Es umfasst eine Volksschule, eine Mittelschule und eine Polytechnische Schule. Das Gebäude wurde in den 1960er-Jahren errichtet und in den 1980er-Jahren erweitert. Da es nicht mehr den Anforderungen entsprach, wurde es von Mitte 2022 bis Mitte 2024 saniert, umgebaut und geringfügig erweitert. Die drei Schulformen wurden so in einem gemeinsam genutzten sanierten und

neustrukturierten Schulzentrum baulich zusammengeführt. Mit Beginn des Schuljahres 2024/2025 wurde der Endfertigstellungstermin eingehalten.

Plausible Erhöhung der geplanten Gesamtkosten

Die geplanten genehmigten Gesamtkosten des Projekts stiegen von maximal 23,26 Millionen Euro auf 26,85 Millionen Euro. Für den Rechnungshof ist diese Erhöhung plausibel und nachvollziehbar. Denn in der ersten Genehmigung waren die Kosten für eine Containerschule noch nicht enthalten und der Baukostenindex stieg – insbesondere aufgrund der COVID-19-Pandemie und des Ukrainekrieges – innerhalb von neun Monaten (zwischen September 2021 und Mai 2022) um 10 Prozent an.

Voraussichtlich wird es der Stadtgemeinde Lienz entsprechend den zur Zeit der Rechnungshofprüfung bestehenden Prognosen gelingen, die genehmigten Gesamtkosten sogar um 1,04 Millionen Euro zu unterschreiten. Kritisch ist jedoch, dass die Stadtgemeinde es verabsäumte, die Kosten von Beginn an und während aller Projektphasen auf Grundlage der ÖNORM vollumfänglich zu planen. Ohne diese Grundlage werden in den Kostenplanungen wesentliche Kostenbereiche wie Reserven nicht bedacht.

Die Stadtgemeinde Lienz sagte in ihrer Stellungnahme zu, die Empfehlung des Rechnungshofes – die Kosten für Bauvorhaben über alle Projektphasen hinweg anhand der ÖNORM durchgehend darzustellen – für künftige Bauvorhaben heranzuziehen.

Förderungen für Darlehensrückzahlungen verwenden

Die Anschaffungskosten des Projekts – bestehend aus Gesamt- und Finanzierungskosten – werden (Stand September 2025) voraussichtlich bis zu 31,46 Millionen Euro betragen. Die Stadtgemeinde wird dafür voraussichtlich um 3,11 Millionen Euro höhere Förderungen bekommen als geplant. Bis August 2025 hatte sie 10,32 Millionen Euro der zugesagten Förderungen, Bedarfswweisungen und Zweckzuschüsse von 11,78 Millionen Euro nachgewiesen.

Vor der Darlehensaufnahme holte die Stadtgemeinde Vergleichsangebote bei Banken ein. Allerdings riskierte sie mit der gewählten Darlehensvariante steigende Darlehenszinsen. Da die Gesamtkosten voraussichtlich unterschritten werden, ist es aus Sicht des Rechnungshofes nicht erforderlich, die maximale Darlehenshöhe auszunutzen. Außerdem sollten sämtliche über die geplanten Zusagen hinausgehenden Förderungen, Bedarfswweisungen und Zweckzuschüsse ehestmöglich für Darlehensrückzahlungen verwendet werden, um Finanzierungskosten und Verschuldung zu verringern. Die Stadtgemeinde teilte in

ihrer Stellungnahme mit, dass sie die zusätzlich zugeflossenen Fördermittel noch im Finanzjahr 2025 für außerordentliche Tilgungen des Darlehens verwendet habe.

Mangelnde Sorgfalt beim Umgang mit Schadstoffen

Eine umfassende Schad- und Störerkundung im Jahr 2021 zeigte, dass asbesthaltige sowie künstliche mineralfaserartige Materialien im damaligen Bestandgebäude vorhanden waren.

Die Stadtgemeinde Lienz hielt die technischen, arbeitsrechtlichen und abfallwirtschaftlichen Bestimmungen und Vorgaben beim Gebäudeabbruch nicht (nachweislich) beziehungsweise nur unzureichend ein. So mangelte es an Sorgfalt und Bewusstsein im Umgang mit Schadstoffen. Beispielsweise wurde eine abgebrochene, künstliche mineralfaserhaltige Zwischendecke mit einer Fläche von 1.230 Quadratmetern nicht von den Baurestmassen getrennt entsorgt.

Der Rechnungshof empfiehlt der Stadtgemeinde, künftig auf die arbeitsrechtlichen (wie die durchgängige Fotodokumentation der Abbrucharbeiten), abfallwirtschaftlichen (wie den Nachweis der getrennten Entsorgung) und technischen Bestimmungen und Vorgaben (wie die Bestätigung des Freigabezustands) zu gefährlichem Abfall zu achten.

Positiv hob er hervor, dass über 70 Prozent an Energieeinsparungen erreicht werden konnten unter anderem durch die nun besser gedämmte Gebäudehülle.

Behebung der vom Rechnungshof aufgezeigten Brandschutzmängel bereits während Prüfung

Die Prüferinnen und Prüfer des Rechnungshofes bemängelten, dass die Stadtgemeinde Lienz nicht alle Punkte des Brandschutzkonzepts zum organisatorischen Brandschutz zu Schulbeginn 2023 umgesetzt hatte. Bis zur Rechnungshofprüfung im April 2025 – damals war das Schulzentrum bereits rund acht Monate in Vollbetrieb – erstellte die Stadtgemeinde etwa kein Brandschutzbuch, sie hatte keine Brandschutzordnung, es war kein Brandwart bestellt und im Turnsaal fehlte ein Feuerlöscher.

Die vom Rechnungshof aufgezeigten Brandschutzmängel wurden bis August 2025 vollständig behoben.